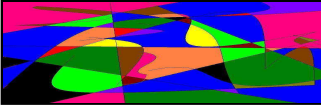


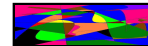
Joachim Klein



Joachim Klein, 

Sozialgericht Osnabrück
Hakenstraße 15

49 074 Osnabrück




, 04.03.2014

S 24 AS 1061/12


Ihre Schreiben vom 27.02.2014

Sehr geehrter Dr. Susnjar,

hiermit nehme ich zu Ihrem Schreiben vom 27.02.2014, und zur Stellungnahme der Stadt  vom 19.02.2014, wie folgt Stellung.

Auf Grund meiner Nahrungsmittelunverträglichkeiten ist sehr wohl eine kostenaufwändigere Ernährung erforderlich. Bereits seit Jahren weiß ich von meiner Weizenunverträglichkeit. Daher habe ich schon seit vielen Jahren (als ich noch bei meinen Eltern wohnte) Dinkel- und Roggenbrote (teurer als Weizenmischbrot) gegessen. Heute weiß ich, dass diese Mehle für mich genauso ungeeignet sind. Es liegt eine Glutenunverträglichkeit vor, wie bei der Zöliakie.

Die Behauptung, dass ich meiner Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen bin, ist „gelogen“ und eine bodenlose Verleumdung. Ich bin meiner Mitwirkungspflicht sehr wohl nachgekommen. Im Gegensatz dazu ist der Landkreis seiner Amtspflicht nicht nachgekommen. Außerdem kann ich anhand meiner Schreiben beweisen, dass der Landkreis betrügt.

Auch wenn Dr.  nicht von Niereninsuffizienz bzw. Zöliakie spricht, so wird erwähnt, dass auf Grund der multiplen Nahrungsmittelunverträglichkeiten häufig Magen und Darmentzündungen auftraten. Nur weil es sich hier um Unverträglichkeiten und keine „Allergien“ handelt, sind die Auswirkungen nicht minderschwer. Und nur weil Verfahren von der Allgemeinmedizin nicht anerkannt sind, können diese nicht versagt werden, da es sonst ein Verstoß gegen das Grundgesetz wäre.

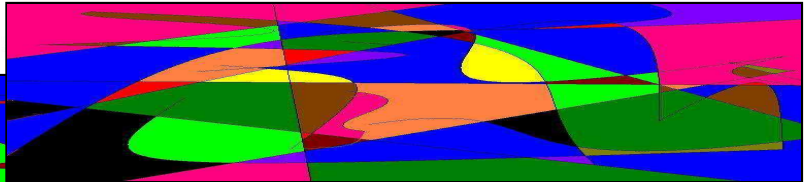
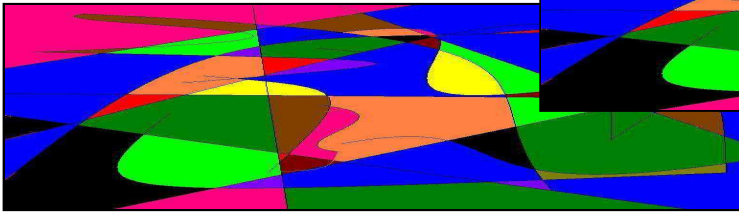
Zitat: „Letztlich ist jedoch entscheidend, dass Herr Klein seiner Mitwirkungspflichten durch das Fernbleiben von der amtsärztlichen Untersuchung nicht nachgekommen ist.“

Als Anlage finden Sie den Schriftwechsel zwischen mir und dem Landkreis, der belegt, dass ich sehr wohl mitgewirkt habe. Auf meine Schreiben und Fragen wurde nicht vom Landkreis geantwortet. Damit sind die ihrer Auskunftspflicht nicht nachgekommen.

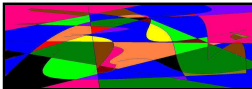
Mit freundlichen Grüßen

Anlage 1 zum Schreiben vom 04.03.2014

S 24 AS 1061/12

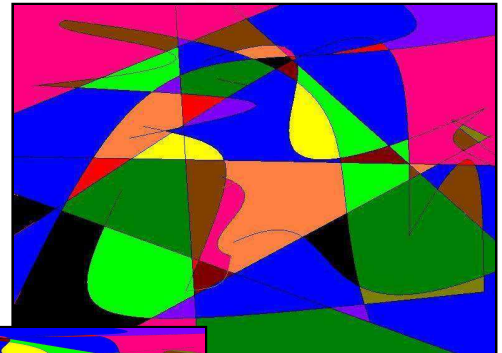


Herrn
Joachim Klein

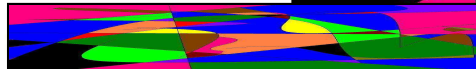


Fachbereich:

Gesundheit



Datum u. Zeichen Ihres Schreibens:



Datum: 15.08.12

Amtsärztliche Untersuchung

Sehr geehrter Herr Klein,

im Auftrage des Fachbereiches Arbeit sind wir um die Erstellung eines amtsärztlichen Gutachtens – **Gewährung eines Mehrbedarfs wegen kostenaufwändiger Ernährung** - gebeten worden. Dazu kommen Sie bitte am Montag, 27.08.2012, um 08.30 Uhr ins Kreishaus, Fachbereich Gesundheit,



Für die Durchführung der Untersuchung ist es unbedingt erforderlich, dass Sie folgende Unterlagen mitbringen:

1. Personalausweis
2. Unterlagen über Ihren Gesundheitszustand von Ihrem Haus- oder Facharzt (z. B. Krankenhausentlassungsberichte, Befundberichte über durchgeführte Untersuchungen, Röntgenbefunde).

Inbesondere Befundunterlagen zur Glutenunverträglichkeit

Im Falle der Verhinderung wird um umgehende Nachricht gebeten.

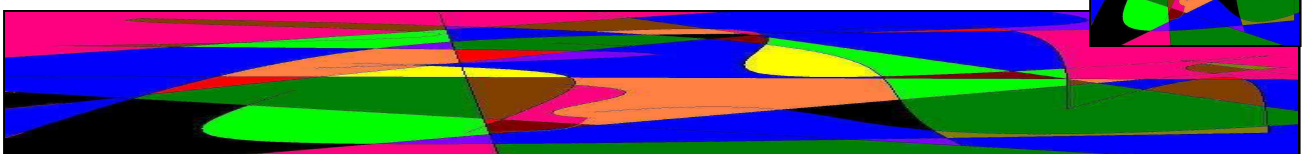
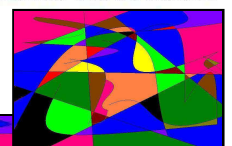
Es entstehen Ihnen für die Untersuchung keine Kosten.

Mögliche Fahrtkosten und ggf. Verdienstausschlag können nicht erstattet werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage



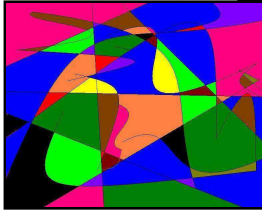
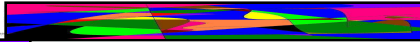
Diese Nachricht wurde mittels EDV-System erstellt und ist deshalb auch ohne Unterschrift verbindlich.



Joachim Klein



Joachim Klein,

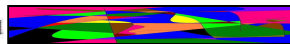


, 20.08.2012

Ihr Schreiben vom 15.08.2012




Sehr geehrte Frau



den Termin am 27.08.2012 um 08.30 Uhr kann ich nicht wahrnehmen, da ich bereits seit über 3 Monaten auf meinen Termin beim Augenarzt warte und diesen (27.08.2012 7.50 Uhr) nicht verschieben werde.

Außerdem möchte ich vorher gern wissen, warum die Untersuchung notwendig ist? – Nach welchem Verfahren wollen sie die Glutenunverträglichkeit nachweisen?

Der Pro Immun M Lebensmittel IgG-Antikörpertest (durch Dr. veranlasst) liegt dem Landkreis bereits vor. Allerdings scheinen die Unterlagen nicht allen beim Landkreis zugänglich zu sein, da sie als Beweismittel im Klageverfahren S 24 AS 919/11 anhängig sind.

Den Hinweis, dass mögliche Fahrtkosten und ggf. Verdienstausschlag nicht erstattet werden können, bitte ich Sie wegen Irreführung in Zukunft zu unterlassen bzw. dahingehend zu ändern, dass nur von Ihrer Abteilung diese Kosten nicht erstattet werden können, aber grundsätzlich vom Auftraggeber erstattungsfähig sind.

Sollte eine amtsärztliche Untersuchung wirklich nötig sein, so bitte ich Sie den Antrag in der Anlage für Fahrkostenerstattung ausgefüllt (Termin eintragen) an den Auftraggeber (Fachbereich Arbeit) weiterzureichen.

Mit freundlichen Grüßen

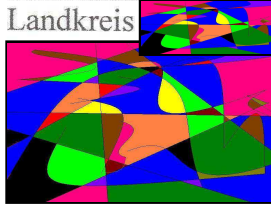
Anlage für Fahrkostenerstattung

Joachim Klein



Joachim Klein,

Landkreis



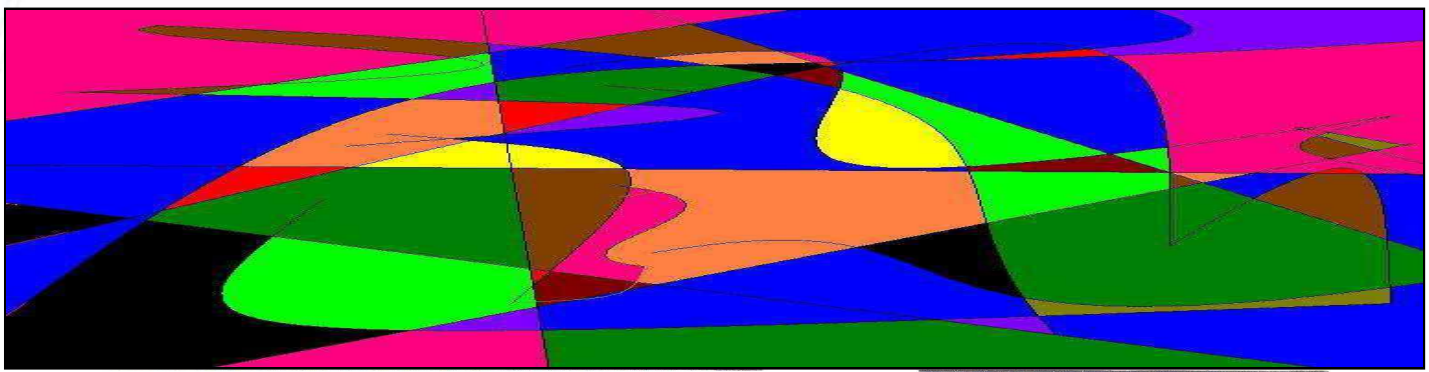
, 20.08.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle ich den Antrag auf die Übernahme aller verursachten Kosten durch die amtsärztlichen Untersuchung am

Die erforderlichen Nachweise werden nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen



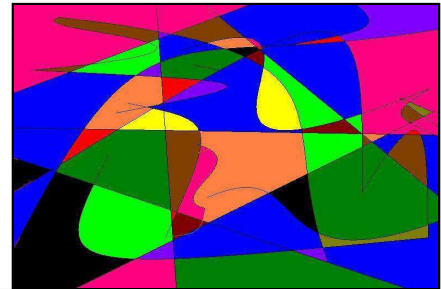
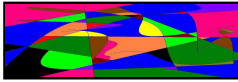
Fachbereich

Gesundheit

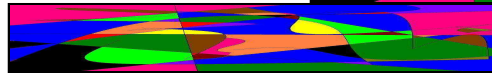
Ansprechpartner:

Herrn

Joachim Klein



Datum u. Zeichen Ihres Schreibens:

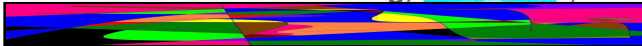


Datum: 27.08.12

Amtsärztliche Untersuchung

Sehr geehrter Herr Klein,

Im Auftrage des Fachbereiches Arbeit sind wir um die Erstellung eines amtsärztlichen Gutachtens – **Gewährung eines Mehrbedarfs wegen kostenaufwändiger Ernährung** - gebeten worden. Dazu kommen Sie bitte am **Montag, 03.09.2012, um 09.00 Uhr** ins Kreishaus, Fachbereich Gesundheit,



Für die Durchführung der Untersuchung ist es unbedingt erforderlich, dass Sie folgende Unterlagen mitbringen:

1. Personalausweis
2. Unterlagen über Ihren Gesundheitszustand von Ihrem Haus- oder Facharzt (z. B. Krankenhausentlassungsberichte, Befundberichte über durchgeführte Untersuchungen, Röntgenbefunde).

unzuverlässig wenn sie dem Sachverhalt nicht dienen.

Im Falle der Verhinderung wird um umgehende Nachricht gebeten.

Es entstehen Ihnen für die Untersuchung keine Kosten.

Mögliche Fahrtkosten und ggf. Verdienstausschlag (können) vom Fachbereich Gesundheit *erstattet werden.* *werden auf Antrag Arbeit*

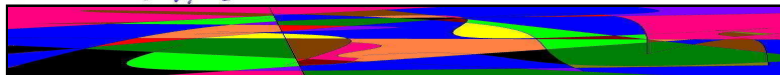
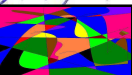
Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

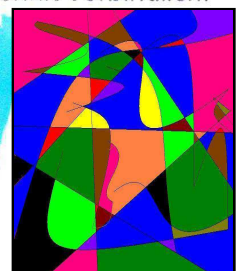


Diese Nachricht wurde mittels EDV-System erstellt und ist deshalb auch ohne Unterschrift verbindlich.

Es fehlt der Hinweis, dass die Kosten beim Auftraggeber (hier auch der Landkreis)

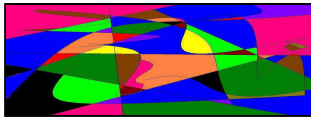


rechtlich geltend gemacht werden können.

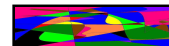
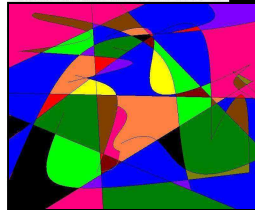


Fax um 11:01:01 verschickt
siehe Faxnachweise

Joachim Klein



Joachim Klein



30.08.2012

Ihr Schreiben vom 27.08.2012

Sehr geehrte Frau



wie ich sehe sind die Befundunterlagen zur Glutenunverträglichkeit nun nicht mehr erforderlich. Daher würde mich interessieren, warum ich überhaupt noch zu einer amtsärztliche Untersuchung bei Ihnen erscheinen soll.

Normal haben Stellungnahmen der behandelnden Ärzte Vorrang. Eine Untersuchung ist nicht erforderlich, wenn Behörden die nötigen Kenntnisse durch einen geringeren Aufwand beschaffen können. Nur wenn berechtigte und nachvollziehbare Zweifel bestehen, soll ein Amtsarzt eingeschaltet werden.

Aus diesem Grund hatte ich gefragt, nach welchem Verfahren sie die Glutenunverträglichkeiten feststellen wollten. Denn nur dies ist für die Gewährung eines Mehrbedarfs wegen kostenintensiver Ernährung von tragender Bedeutung. Alle anderen Untersuchungen sind unnötig. Auch rein vorsorgliche Untersuchungen sind unzulässig, da dieses gegen den Sozialdatenschutz verstoßen würde.

Warum also ist diese Untersuchung notwendig?

Was soll genau festgestellt werden?

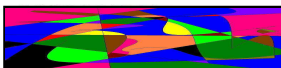

Welche ernährungsspezifischen Untersuchungen sollen vorgenommen werden?

Bevor diese Fragen nicht hinreichend beantwortet sind, sehe ich keine Veranlassung diesen Termin wahrzunehmen. In meinen Augen handelt es sich hier schlichtweg um Schikane und Willkür des Fachbereichs Arbeit.

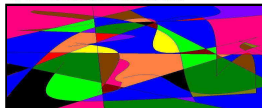
Sollte die Laboranalyse angezweifelt werden, so bin ich gern bereit auf Staatskosten eine neue machen zu lassen. Allerdings bestehe ich dann darauf den großen Test (fast alle Lebensmittel für über 350 Euro) zu machen. Aus Kostengründen hatte ich selbst nämlich nur den kleinen Test (90 Produkte für ca. 135€) gemacht.

Mit freundlichen Grüßen

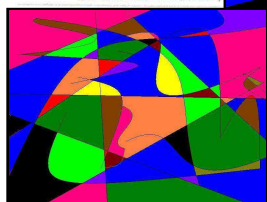
Nachweis Faxversand

Datum/Uhrzeit:	Do. 30.08.2012, 11:01:01	Status:	Versandt
Rufnummer:		MSN:	
Kennung:			
Teilnehmer:			
Bemerkung:	2012.08.30 amtsärztliche Untersuchung Fax.pdf		
Datei:	C:\Dokumente und Einstellungen\Anwendungsdaten\FRITZ!\Fax\08300001.cff		
Startzeit:	XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX	Seiten:	1
Dauer:	0:00:56	Auflösung:	Fein
Gebühr:	0,00 €	Mode:	ECM MMR
Baudrate:	14400		
Seiten:	1		
Meldung:	0000/Erfolgreich verarbeitet		

Joachim Klein

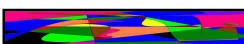


Joachim Klein,



30.08.2012

Ihr Schreiben vom 27.08.2012

Sehr geehrte Frau 

wie ich sehe sind die Befundunterlagen zur Glutenunverträglichkeit nun nicht mehr erforderlich. Daher würde mich interessieren, warum ich überhaupt noch zu einer amtsärztliche Untersuchung bei Ihnen erscheinen soll.

Normal haben Stellungnahmen der behandelnden Ärzte Vorrang. Eine Untersuchung ist nicht erforderlich, wenn Behörden die nötigen Kenntnisse durch einen geringeren Aufwand beschaffen können. Nur wenn berechtigte und nachvollziehbare Zweifel bestehen, soll ein Amtsarzt eingeschaltet werden.

Aus diesem Grund hatte ich gefragt, nach welchem Verfahren sie die Glutenunverträglichkeiten feststellen wollten. Denn nur dies ist für die Gewährung eines Mehrbedarfs wegen kostenaufwändiger Ernährung von tragender Bedeutung. Alle anderen Untersuchungen sind unnötig. Auch rein vorsorgliche Untersuchungen sind unzulässig, da dieses gegen den Sozialdatenschutz verstoßen würde.

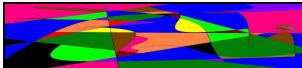
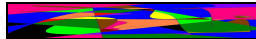
Warum also ist diese Untersuchung notwendig?

Was soll genau festgestellt werden?

Welche ernährungsspezifischen Untersuchungen sollen vorgenommen werden?

Bevor diese Fragen nicht hinreichend beantwortet sind, sehe ich keine Veranlassung diesen Termin wahrzunehmen. In meinen Augen handelt es sich hier schlichtweg um Schikane und

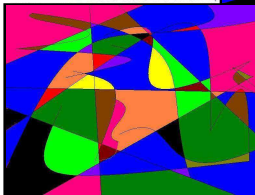
Nachweis Faxversand

Datum/Uhrzeit:	Mo. 20.08.2012, 03:29:11	Status:	Versandt
Rufnummer:		MSN:	
Kennung:			
Teilnehmer:			
Bemerkung:	2012.08.20 amtsärztliche Untersuchung.pdf		
Datei:	C:\Dokumente und Einstellungen\Anwendungsdaten\FRITZ\Fax\08200001.cff		
Startzeit:	XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX	Seiten:	2
Dauer:	0:01:00	Auflösung:	Fein
Gebühr:	0,00 €	Mode:	ECM MMR
Baudrate:	14400		
Seiten:	2		
Meldung:	0000/Erfolgreich verarbeitet		

Joachim Klein



Joachim Klein



 20.08.2012


Ihr Schreiben vom 15.08.2012



Sehr geehrte Frau 

den Termin am 27.08.2012 um 08.30 Uhr kann ich nicht wahrnehmen, da ich bereits seit über 3 Monaten auf meinen Termin beim Augenarzt warte und diesen (27.08.2012 7.50 Uhr) nicht verschieben werde.

Außerdem möchte ich vorher gern wissen, warum die Untersuchung notwendig ist? – Nach welchem Verfahren wollen sie die Glutenunverträglichkeit nachweisen?

Der Pro Immun M Lebensmittel IgG-Antikörpertest (durch Dr.  veranlasst) liegt dem Landkreis bereits vor. Allerdings scheinen die Unterlagen nicht allen beim Landkreis zugänglich zu sein, da sie als Beweismittel im Klageverfahren S 24 AS 919/11 anhängig sind.

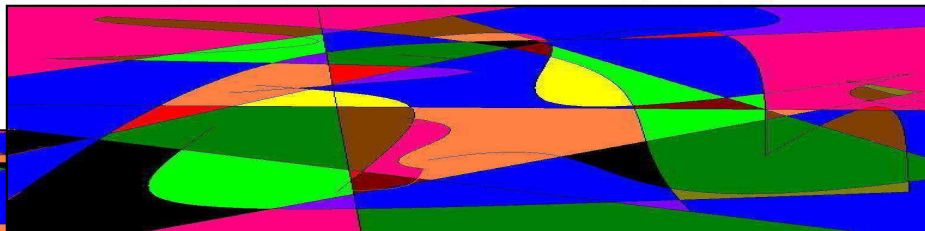
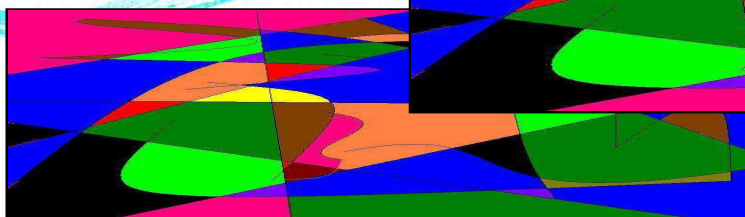
Den Hinweis, dass mögliche Fahrtkosten und ggf. Verdienstausschlag nicht erstattet werden können, bitte ich Sie wegen Irreführung in Zukunft zu unterlassen bzw. dahingehend zu ändern, dass nur von Ihrer Abteilung diese Kosten nicht erstattet werden können, aber grundsätzlich vom Auftraggeber erstattungsfähig sind.

Sollte eine amtsärztliche Untersuchung wirklich nötig sein, so bitte ich Sie den Antrag in der Anlage für Fahrkostenerstattung ausgefüllt (Termin eintragen) an den Auftraggeber (Fachbereich Arbeit) weiterzureichen.

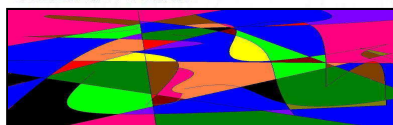
Zwischen 14⁰⁰ - 16⁰⁰


~~Wichtig~~

erhalten am
30.08.2012

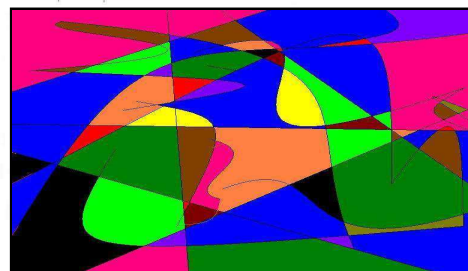


Herrn
Joachim Klein



Fachbereich 

Jobcenter
Ansprechpartnerin



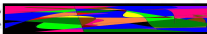
Datum u. Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen

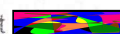
Durchwahl



Datum 28.08.2012

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende; Ihr Widerspruch vom 09.05.2012 gegen den Bescheid der Stadt  vom 07.05.2012

Sehr geehrter Herr Klein,

mit Schreiben vom 09.05.2012 haben Sie Widerspruch gegen den Bescheid der Stadt  vom 07.05.2012, mit dem ein Mehrbedarf wegen kostenaufwändiger Ernährung nach § 21 Abs. 5 SGB II für Sie abgelehnt wurde, erhoben.

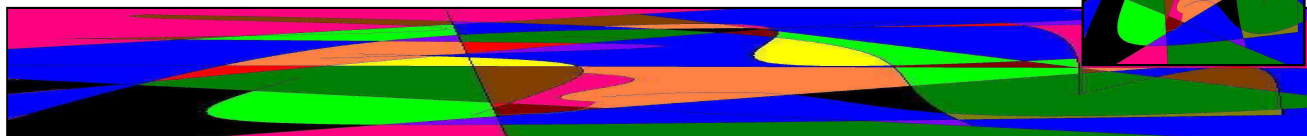
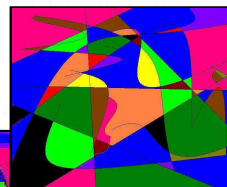
Um über Ihren Widerspruch entscheiden zu können, habe ich meinen Fachbereich Gesundheit um Stellungnahme gebeten. Daher kann es sein, dass Sie evtl. von meinem Fachbereich Gesundheit zu einem arztärztlichen Untersuchungstermin eingeladen werden. Die im Rahmen eines solchen Termins eventuell anfallende Fahrtkosten können Ihnen erstattet werden. Bitte stellen Sie hierzu einen entsprechenden Antrag bei mir.

Für Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieses Schreiben hätte mich vor dem 27.08.2012 erreichen müssen, da der Termin für die Untersuchung auf den 27.08.2012 festgelegt wurde. Es wurde folglich zu spät aufgeklärt.



Am 20.08.2012 hatte ich den Termin am 27.08.2012 abgesagt, da ich dort schon einen anderen Arzttermin wahrnehmen musste. Außerdem sollte man mir die Notwendigkeit der Untersuchung darlegen, da bereits Unterlagen vom Hausarzt vorlagen.

Des Weiteren habe ich auf die irreführenden Hinweise, wegen der Fahrtkosten, aufmerksam gemacht.

Zusätzlich hatte ich einen vorgefertigten Antrag für die Fahrtkostenerstattung mitgeschickt. Dort brauchte nur noch das Datum vom Tag der Untersuchung eingetragen werden.

Am 29.08.2012 habe ich eine erneute Einladung vom 27.08.2012 zur ärztlichen Untersuchung am 03.09.2012 erhalten.

Meine Fragen wurden nicht beantwortet. Allerdings brauchte ich nicht mehr die Befundunterlagen zur Glutenunverträglichkeit mitzubringen. Auch wurde die „Falschaussage“, dass die Fahrtkosten nicht erstattet werden können dahingehend geändert, dass eine wahre Aussage zustande kam.

Allerdings ist man nicht der Verpflichtung einer ganz korrekten Auskunft nachgekommen. Der Hinweis, dass die Kosten sehr wohl vom Auftraggeber zu erstatten sind, wurde einfach unterschlagen. So lag hier weiterhin eine „Täuschung“ (Irreführung) durch „Unterschlagung“ (Unterlassung) vor.

Erst am 28.08.2012 wurde durch den Fachbereich Arbeit eine sachgerechte Aufklärung der Fahrtkosten vorgenommen. Das Schreiben habe ich aber erst am 30.08.2012 nach Absenden meines Fax am Vormittag erhalten. Aber auch wenn ich es vor dem Absenden des Fax bekommen hätte, so wäre es zu spät gewesen, da bereits am 27.08.2012, einem Tag vor Erstellung des Schreibens, die Untersuchung hätte stattfinden sollen.

Warum ich gerade am 28.08.12 einen Tag nach der neuen Einladung vom Fachbereich Arbeit angeschrieben wurde, lässt sich leicht erklären. Wenn ich dennoch zur ärztlichen Untersuchung geladen werde, sollte der Fachbereich Gesundheit den mitgeschickten Fahrtkostenantrag vom 20.08.12 an den Fachbereich Arbeit weiterreichen. Da am 27.08. die neue Einladung verschickt wurde, ging gleichzeitig der Fahrtkostenantrag an den Fachbereich Arbeit. Durch die interne Weiterleitung kommt so eine Verzögerung von einem Tag zustande. Dieses Schreiben dient lediglich als Alibifunktion, dass man mich doch unterrichtet und richtig aufgeklärt hat. Allerdings hat der Fachbereich Arbeit nicht den ersten Untersuchungstermin vom 27.08.2012 berücksichtigt. Die Aufklärung hätte nämlich bereits vor diesem ersten Termin erfolgen müssen.

Auf das Schreiben vom 28.08.12 habe ich nicht mehr geantwortet, da ich bereits vor dem Erhalt des Schreibens, auf das Einladungsschreiben vom 27.08.11 geantwortet hatte.

Dort bat ich nochmals um Darlegung der Notwendigkeit für eine Untersuchung. Bevor man mir diese nicht gäbe, und meine Fragen nicht beantworte, hielt ich eine Untersuchung für überflüssig und Geldverschwendung.

Auf dieses Schreiben wurde mir aber bis heute nicht geantwortet, was jedoch deren Pflicht gewesen wäre.

Am 04.11.2012 erfolgte dann der ablehnende Widerspruchsbescheid mit Begründung, dass ich meinen Termin zur Untersuchung nicht wahrgenommen hätte, und somit meiner Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen sei. Eine weitere Stellungnahme zum Widerspruchsbescheid folgt. (Anlage 2)

Der Betrug bzw. der Betrugversuch im Hinblick auf die Fahrtkosten ist hiermit bewiesen. Außerdem möchte ich geklärt bekommen, wie der eigene Fachbereich Gesundheit als „unabhängiger“ Gutachter fungieren kann. Die Ausrede meine Schreiben eventuell nicht erhalten zu haben, wird durch die Faxnachweise widerlegt. Da es sich hier um 2 Fachbereiche des gleichen Landkreises handelt, und eine übergreifende Zusammenarbeit gesetzlich zu erfolgen hat, muss der Fachbereich Arbeit vom Fachbereich Gesundheit über meine Briefe informiert worden sein. Sollte das nicht der Fall gewesen sein, so liegt hier das Verschulden beim Fachbereich Gesundheit, aber nicht bei mir.

Stellungnahme zum Widerspruchbescheid des Landkreises [REDACTED] vom 04.11.2012

Begründung der Stadt wird Absatzweise kursiv zitiert. Darauf folgt dann meine Stellungnahme.

Sie beziehen seit dem 01.09.2005 zusammen mit Frau [REDACTED] und ihrem Sohn [REDACTED] Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II durch die Stadt [REDACTED]

Leistungen für unseren Sohn [REDACTED] beziehen wir erst seit Juli 20 [REDACTED]. Geburtsdatum unseres gemeinsamen Sohnes [REDACTED] ist der [REDACTED]

Am 13.02.2012 stellten Sie bei der Stadt [REDACTED] einen Antrag auf Bewilligung eines Mehrbedarfs für kostenaufwändige Ernährung nach § 21 Abs. 5 SGB II für sich und Ihren Sohn [REDACTED]. Sie begründeten Ihren Mehrbedarf mit einer diagnostizierten Diabetes Typ 2-Erkrankung. Als Nachweis hierzu fügten Sie dem Antrag eine nicht ausgefüllte und nicht unterschriebene Teilnahmeerklärung zum strukturierten Behandlungsprogramm (DMP) für Diabetes mellitus Typ 2 bei.


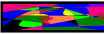
Es ist korrekt, dass ich mit dem Schreiben vom 13.02.2012 für mich und meinen Sohn solch einen Antrag stellte. Als Nachweis für den diagnostizierten Diabetes mellitus Typ 2 habe ich gleich einen ausgefüllten Antrag für das DMP- Programm zugestellt. Die Aussage, dass der Antrag nicht ausgefüllt war, ist definitiv falsch. Es ist möglich, dass bei dem Vorabfax die Schrift nicht gut zu erkennen war. Aber bei der Original Kopie, die als Kopie auch dem Gericht am 26.03.2012 (S 24 AS 919/11) zugestellt wurde, ist der Arzt- Stempel mit Unterschrift sehr gut erkennbar. Außerdem hatte ich darum gebeten mir mitzuteilen, welche Nachweise eventuell noch dafür zu erbringen sind.

Meinen Antrag deshalb sofort abzulehnen war reine Willkür und unberechtigt. Man hätte mir genauso wie für meinen Sohn eine ärztliche Bescheinigung, die vom Arzt auszufüllen ist, zustellen müssen. Hier handelt es sich eindeutig um ein verfassungswidriges Verhalten, da alle Bürger gleich zu behandeln sind.

Mit Bescheid vom 07.05.2012 lehnte die Stadt [REDACTED] die Bewilligung eines Mehrbedarfes für kostenaufwändige Ernährung für Sie ab. Begründet wurde dies damit, dass entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gewährung von Krankenkostenzulagen in der Sozialhilfe vom 01.10.2008 bei Ihrer Erkrankung (Diabetes mellitus Typ 2) ein krankheitsbedingt erhöhter Ernährungsaufwand zu verneinen sei.

Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Anfang 2010 sind auf Grund der Verfassungswidrigkeiten alle alten Bestimmungen und Richtlinien neu zu überprüfen und auch zu ändern. Somit können die alten Empfehlungen von 2008 des Deutschen Vereines nur als Richtungsweisend angesehen werden. Alle Anträge sind daher individuell zu überprüfen. Diese Prüfung sollte schnell erfolgen und im Zweifel zu Gunsten der Antragsteller ausgelegt werden.

Daher konnte und durfte eigentlich noch gar keine Entscheidung gefällt werden, denn meine ganzen Unterlagen wurden ja noch gar nicht vorgelegt. Hier wurde also vorschnell und ohne genaue Überprüfung, wie es das Bundesverfassungsgericht seit dem 01.01.2011 vorsieht, gegen den Antragsteller entschieden. Und das obwohl ich ja darum gebeten hatte, mir mitzuteilen, welche Nachweise eventuell noch erbracht werden müssen. Auch hier wurde gegen das Urteil vom Bundesverfassungsgericht verfahren. Damit liegt schon ein zweites verfassungswidriges Verhalten vor. Außerdem ist man der Auskunftspflicht – mir mitzuteilen welche Unterlagen benötigt werden – nicht nachgekommen. **Amtspflichtverletzung!**

Gegen den Bescheid vom 07.05.2012 erhoben Sie form- und fristgerecht mit dem Schreiben vom 09.05.2012 Widerspruch. Sie begründeten den Widerspruch damit, dass die Stadt  ihrer Auskunftspflicht nicht nachgekommen sei. Weiterhin verstoße es gegen das Grundgesetz der Gleichbehandlung, dass Ihnen nur für Ihren Sohn ein Vordruck für eine ärztliche Bescheinigung übersandt wurde. Zudem habe die Stadt  nur den Diabetes mellitus Typ 2 gewürdigt und nicht die gluten-, nuss-, kuhmilch-, laktose- und eifreie Ernährung auf Grund von Nahrungsmittelunverträglichkeiten. Schließlich seien die Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gewährung von Krankenkostenzulagen in der Sozialhilfe vom 01.10.2008 vom Bundesverfassungsgericht nicht als gemeingültig anerkannt und es handele sich dabei nur um eine Orientierungshilfe. Seit dem 01.01.2011 sei jeder Einzelfall somit genau zu prüfen.

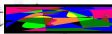
Immerhin, meine Begründung wurde korrekt aufgenommen.

Die Stadt  hat mir Ihren Widerspruch zur Entscheidung vorgelegt.

Ihr Widerspruch vom 09.05.2012 ist zulässig, jedoch sachlich nicht begründet.

Wieso taucht standardmäßig immer wieder dieser „schwachsinnige“ Satz im Widerspruchsbescheid auf? – Eine sachliche Begründung habe ich geliefert. Die Begründung weist eventuell Lücken auf oder ist nicht ganz korrekt. Aber das keine sachliche Begründung vorgetragen wurde, stimmt nicht.

Der Bescheid der Stadt  ist rechtmäßig. Sie haben keinen Anspruch auf die Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für Kostenaufwändige Ernährung.

Der Bescheid kann nicht rechtmäßig sein, da man nicht die Rechte gewahrt hat. Das Recht auf Auskunft wurde verwehrt. Das rechtsverbindliche Urteil vom Bundesverfassungsgericht wurde unterlaufen. Das Grundrecht der Gleichbehandlung wurde missachtet. Wie kann man hier hingehen und behaupten, dass der Bescheid rechtmäßig ist? Recht sprechen können eigentlich nur Gerichte und keine Behörden oder Ämter. Was hier vorliegt bezeichnet man als „Amtsanmaßung“. Die Stadt  könnte höchstens an der Meinung festhalten, dass mir kein Anspruch eines Mehrbedarfs für Kostenaufwändige Ernährung zusteht. Das Gericht kann dann ein rechtskräftiges Urteil fällen. Ein Bescheid kann nur rechtmäßig sein, wenn alle Rechtsvorschriften, Gesetze, Verfahrensvorschriften, Formvorschriften etc. eingehalten wurden. Das war hier eindeutig nicht der Fall.

Gemäß § 21 Abs. 5 SGB II wird bei Leistungsberechtigten, die aus medizinischen Gründen einer kostenaufwändigen Ernährung bedürfen, ein Mehrbedarf in angemessener Höhe anerkannt.

Das ist die gesetzliche Grundlage für meinen Antrag.

Da Sie trotz der Einladungen meines Fachbereichs Gesundheit vom 05.08.2012 und vom 27.08.2012 und meines Schreiben vom 28.08.2012 nicht zum geplanten Termin der amtsärztlichen Untersuchung am 03.09.2012 erschienen sind, haben Sie nicht nachgewiesen, dass eine medizinische Notwendigkeit einer kostenaufwändigen Ernährung besteht. Sie sind somit insoweit Ihrer Verpflichtung zur Mitwirkung nicht nachgekommen.

Die erste Einladung vom Amtsarzt erfolgte nicht am 05.08. sondern 15.08.2012. Da ich aber am 27.08.2012 schon einen Arzttermin hatte, habe ich mich direkt nach Erhalt der Einladung an den Fachbereich Gesundheit gewandt. (siehe das Schreiben vom 20.08.2012) Damit bin ich meiner Mitwirkungspflicht nachgekommen. Meine Mitwirkung reichte sogar noch einen Schritt weiter, indem ich darauf aufmerksam machte, dass der Landkreis falsche Informatio-

nen, die zur Irreführung leiten könnten, verbreitet. Außerdem teilte ich mit, dass meine Befundberichte schon vorlagen. Aus diesem Grund wollte ich auch wissen, warum eine amtsärztliche Untersuchung überhaupt noch notwendig ist, und nach welchem Verfahren man die Glutenunverträglichkeiten nachweisen wolle. An dieser Stelle möchte ich Sie daran erinnern, dass Behörden dazu verpflichtet sind, wenn schon Befunde von Ärzten vorliegen diese aus Kostengründen auch zu nutzen. Nur wenn diese Befunde angezweifelt werden - Gründe dafür müssen jedoch genannt werden - darf eine amtsärztliche Untersuchung angeordnet werden.

Mit dem Schreiben vom 27.08.2012 erhielt ich eine weitere Einladung zum 03.09.2012. Die Befundunterlagen wurden bereits aus der Liste der mitzubringenden Sachen gestrichen. Außerdem hat man den von mir beanstandeten Text mit den Falschinformationen korrigiert. Allerdings hat man einen wichtigen Punkt unterschlagen, wodurch es immer noch zu einer Täuschung der Bürger kommt.

Da ich vorher auf dieses Problem aufmerksam gemacht hatte, kann es sich hierbei nicht mehr um ein Versehen handeln. Es wurde in voller Absicht, die Bürger täuschen zu wollen, so geändert. Aus diesem Grund handelt es sich hier um „BETRUG“. Auch die korrekte Aufklärung durch das Schreiben vom 28.08.2012 ändert nichts mehr an diesem Tatbestand des Betruges, denn der Brief hätte mich vor dem ersten Untersuchungstermin (27.08.2012) erreichen müssen. Meine Fragen, warum die Untersuchung nötig ist, und nach welchem Verfahren eine Überprüfung stattfinden würde, wurden mir nicht beantwortet. Damit wurde wieder die Auskunftspflicht missachtet.

Da diese Fragen nicht beantwortet wurden, habe ich mit meinem Schreiben vom 30.08.2012 noch einmal diese Fragen gestellt. Aber sie wurden zum wiederholten Male nicht beantwortet. D.h. das Amt weigerte sich seinen Verpflichtungen nachzukommen. Im Gegenzug wird mir aber eine Verletzung der Mitwirkungspflicht vorgeworfen. Dabei hatte ich nur von meinem Recht auf Auskunft gebrauch gemacht. Wenn eine Untersuchung angeordnet wird, muss man Gründe dafür nennen, warum der Arztbefund nicht anerkannt wird. Außerdem habe ich das Recht zu erfahren was für Tests bzw. Untersuchungen durchgeführt werden sollen. Im Schreiben vom 30.08.2012 habe ich mich dahingehend geäußert, dass ich gerne dazu bereit wäre, aber nur, wenn dann eine umfassendere Untersuchung durchgeführt wird, als die, die ich selbst auf meine Kosten durchführen ließ. (Statt 135 €, 350 € oder mehr Kosten) Wie gesagt hat man sich bis heute nicht dazu geäußert.

Denn laut der Stellungnahme meines Fachbereichs Gesundheit vom 11.09.2012 konnte aufgrund Ihres Fernbleibens vom Untersuchungstermin keine abschließende Beurteilung vorgenommen werden, sodass dies zu Ihren Lasten geht. Der von Ihnen eingereichte PRO IMMUN M Test, welcher vom 14.03.2012 datiert, ist aus amtsärztlicher Sicht nicht ausreichend zum Nachweis einer Glutenunverträglichkeit und dem Nachweis eines dadurch bedingten kostenaufwendigen Mehrbedarfs für Ernährung. Dieser Test stellt nach Ansicht meines Fachbereichs Gesundheit kein wissenschaftlich anerkanntes Verfahren zum Nachweis einer Glutenunverträglichkeit dar. Die ärztliche Bescheinigung mit dem Hinweis, dass das vorliegende Untergewicht nicht Krankheitsfolge sei, genügt ebenfalls nicht als Nachweis.

Interessant, wie Sie immer von Ihrem Fachbereich Gesundheit reden. Wie kann man hier von einem unabhängigen Gutachter sprechen? Außerdem ist es fraglich, ob Ihr Amtsarzt überhaupt die Qualifikation für eine Sach- und Fachgerechten Beurteilung besitzt. Wieso war Ihr Amtsarzt nicht fähig mir sein Feststellungsverfahren mitzuteilen? Wieso konnte Ihr Amtsarzt keine Begründung verfassen, die den vorliegenden Befundbericht meines Arztes anzweifelt? Wieso wurden meine Fragen einfach ignoriert?

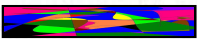
Ihre Widerspruchsbegründung führt auch zu keiner anderen Entscheidung. Zwar wurde Ihnen der Vordruck für eine ärztliche Bescheinigung zunächst nicht übersandt. Jedoch

wurde dies mit meinem Schreiben vom 27.07.2012 nachgeholt. Außerdem stützt sich die amtsärztliche Stellungnahme meines Fachbereichs Gesundheit entsprechend dem Urteil des Bundessozialgerichtes vom 22.11.2011. Az. B 4 AS 138/10, nicht auf die Empfehlung des Deutschen Vereins. Ihnen ist kein Mehrbedarf wegen kostenaufwändiger Ernährung zu bewilligen, da Sie trotz den o. g. Aufforderungen nicht an der Klärung, ob die Voraussetzungen für den Mehrbedarf gegeben sind, mitgewirkt haben. Ihre fehlende Mitwirkung geht daher zu Ihren Lasten.

Den Ablehnungsbescheid vom 07.05.2012 hatten Sie ja gerade mit dem Bezug auf die Empfehlung des Deutschen Vereins begründet. Und nun behaupten Sie das Gegenteil. Wenn Sie sich wirklich entsprechend dem Urteil des Bundessozialgerichtes vom 22.11.2011 verhalten hätten, dann hätten Sie diesen Bescheid ohne genaue ärztliche Überprüfung erst gar nicht verschicken dürfen. Und eine ärztliche Bescheinigung hatten Sie mir ja erst gar nicht zugestellt.

Aber Schön, dass Sie Ihren Fehler wenigstens halbherzig zur Kenntnis genommen haben. Und natürlich haben Sie mir auch, nach mehrmaliger Aufforderung, am 27.07.2012 nachträglich eine ärztliche Bescheinigung zugeschickt. Allerdings hatte ich mir selbst schon vorher eine angefertigt und bereits am 18.07.2012 verschickt. Somit lagen die Befunde Ihrem Amtsarzt bereits vor. Mir hier vorzuhalten nicht mitgewirkt zu haben, ist eine bodenlose Unverschämtheit. Wer hier kontraproduktiv arbeitet ist ganz offensichtlich. Wenn das Gericht dieses nicht erkennt, macht sich das Gericht mitschuldig.

Der einzige „mögliche“ Punkt, auf den sich die Ablehnung im Widerspruchsbescheid stützt, ist die „angeblich“ fehlende Mitwirkungspflicht. Allerdings kann das durch meine Schreiben vom 20.08. und 30.08.2012 ausgeschlossen bzw. widerlegt werden.

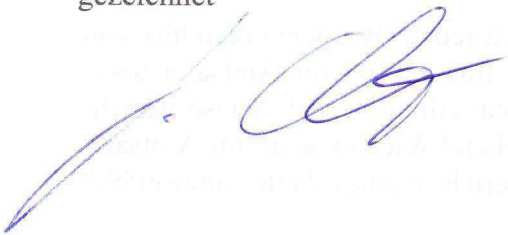
Die von Ihnen angefochtene Entscheidung der Stadt  vom 07.05.2012 ist daher insgesamt nicht zu beanstanden, sodass Ihr Widerspruch zurückgewiesen werden muss.

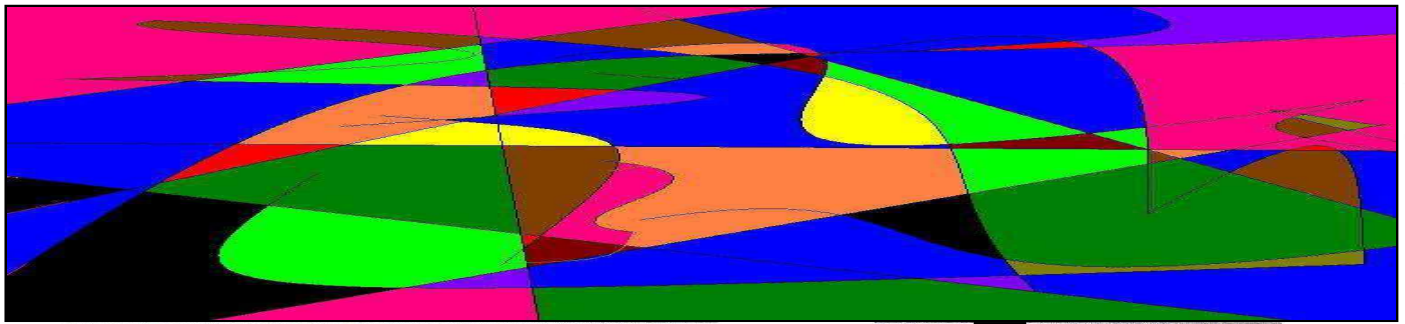
Die Kostenentscheidung bezüglich meiner Widerspruchsentscheidung ergeht gemäß § 64 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X).

Die Kostenentscheidung über die Verfahrenskosten stützt sich auf § 63 SGB X. Da der Widerspruch keinen Erfolg hatte, können Kosten nicht erstattet werden.

Die Kosten des gesamten Verfahrens gehen zu Lasten des Landkreises. Es ist traurig, dass die Gerichte Nötigung, Betrug, Amtspflichtverletzungen usw. von Behörden und Ämtern nicht „sanktionieren“, sondern stillschweigend dulden. Dadurch schaffen sie sich nur noch mehr Verfahren, und machen sich selbst zu „Mittätern“. Da die Behörden und Ämter nichts zu befürchten haben, lassen sie es immer auf ein Klageverfahren ankommen. Würden die Gerichte ihre Arbeit ernst nehmen und sorgfältiger urteilen (auch mal den Behörden richtig die Leviten lesen – hohe Geldstrafen), gäbe es bestimmt viel weniger Verfahren und die Gerichte wären nicht so überlastet.

gezeichnet






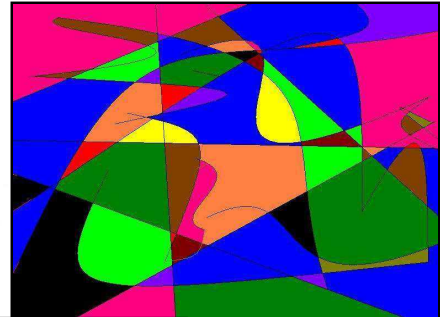
Per Zustellungsurkunde

Herrn
Joachim Klein



Fachbereich 

Jobcenter
Ansprechpartner




Datum u. Zeichen Ihres Schreibens
09.05.2012

Mein Zeichen

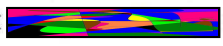


Datum  11.2012

Widerspruchsbescheid

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch
Zweites Buch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende;
Ihr Widerspruch vom 09.05.2012 gegen den Bescheid der Stadt  vom
07.05.2012

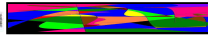
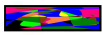

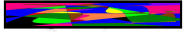
Sehr geehrter Herr Klein,

Ihren Widerspruch vom 09.05.2012 gegen den Bescheid der Stadt  vom
07.05.2012 weise ich zurück.

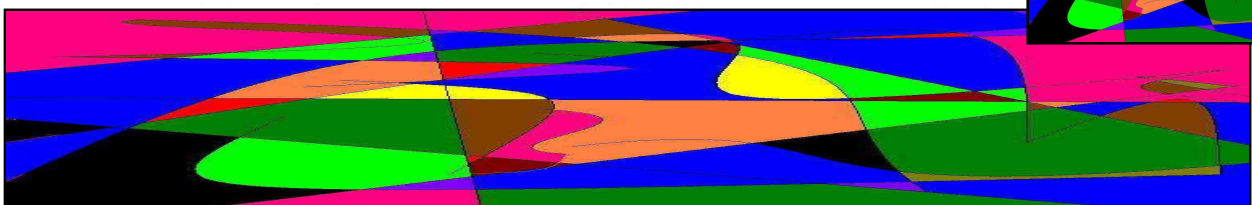
Für meine Entscheidung über den Widerspruch erhebe ich keine Kosten.

Die Ihnen im Zusammenhang mit dem Widerspruch entstandenen Aufwendungen werden nicht
erstattet.


Begründung:



Sie beziehen seit dem 01.09.2005 zusammen mit Frau  und Ihrem Sohn 
 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II durch die Stadt


Am 13.02.2012 stellten Sie bei der Stadt  einen Antrag auf Bewilligung eines Mehr-
bedarfs für kostenaufwändige Ernährung nach § 21 Abs. 5 SGB II für sich und Ihren Sohn
 Sie begründeten Ihren Mehrbedarf mit einer diagnostizierten Diabetes Typ 2-
Erkrankung. Als Nachweis hierfür fügten Sie dem Antrag eine nicht ausgefüllte und nicht unter-



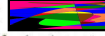
schriebene Teilnahmeerklärung zum strukturierten Behandlungsprogramm (DMP) für Diabetes mellitus Typ 2 bei.

Mit Bescheid vom 07.05.2012 lehnte die Stadt  die Bewilligung eines Mehrbedarfes für kostenaufwändige Ernährung für Sie ab. Begründet wurde dies damit, dass entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gewährung von Krankenkostzulagen in der Sozialhilfe vom 01.10.2008 bei Ihrer Erkrankung (Diabetes mellitus Typ 2) ein krankheitsbedingt erhöhter Ernährungsaufwand zu verneinen sei.

Gegen den Bescheid vom 07.05.2012 erhoben Sie form- und fristgerecht mit Schreiben vom 09.05.2012 Widerspruch. Sie begründeten den Widerspruch damit, dass die Stadt  ihrer Auskunftspflicht nicht nachgekommen sei. Weiterhin verstoße es gegen das Grundgesetz der Gleichbehandlung, dass Ihnen nur für Ihren Sohn ein Vordruck für eine ärztliche Bescheinigung übersandt wurde. Zudem habe die Stadt  nur den Diabetes mellitus Typ 2 gewürdigt und nicht die gluten-, nuss-, kuhmilch-, laktose- und eifreie Ernährung auf Grund der Nahrungsmittelunverträglichkeiten. Schließlich seien die Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gewährung von Krankenkostzulagen in der Sozialhilfe vom 01.10.2008 vom Bundesverfassungsgericht nicht als gemeingütig anerkannt und es handle sich dabei nur um eine Orientierungshilfe. Seit dem 01.01.2011 sei jeder Einzelfall somit genau zu prüfen.

Die Stadt  hat mir Ihren Widerspruch zur Entscheidung vorgelegt.

Ihr Widerspruch vom 09.05.2012 ist zulässig, jedoch sachlich nicht begründet.

Der Bescheid der Stadt  ist rechtmäßig. Sie haben keinen Anspruch auf die Berücksichtigung eines Mehrbedarfes für kostenaufwändige Ernährung.

Gemäß § 21 Abs. 5 SGB II wird bei Leistungsberechtigten, die aus medizinischen Gründen einer kostenaufwändigen Ernährung bedürfen, ein Mehrbedarf in angemessener Höhe anerkannt.

Da Sie trotz der Einladungen meines Fachbereichs Gesundheit vom 05.08.2012 und vom 27.08.2012 und meines Schreibens vom 28.08.2012 nicht zum geplanten Termin der amtsärztlichen Untersuchung am 03.09.2012 erschienen sind, haben Sie nicht nachgewiesen, dass eine medizinische Notwendigkeit einer kostenaufwändigen Ernährung besteht. Sie sind somit insoweit Ihrer Verpflichtung zur Mitwirkung nicht nachgekommen.

Denn laut der Stellungnahme meines Fachbereichs Gesundheit vom 11.09.2012 konnte aufgrund Ihres Fernbleibens vom Untersuchungstermin keine abschließende Beurteilung vorgenommen werden, sodass dies zu Ihren Lasten geht. Der von Ihnen eingereichte PRO IMMUN M Test, welcher vom 14.03.2012 datiert, ist aus amtsärztlicher Sicht nicht ausreichend zum Nachweis einer Glutenunverträglichkeit und dem Nachweis eines dadurch bedingten kostenaufwändigen Mehrbedarfes für Ernährung. Dieser Test stellt nach Ansicht meines Fachbereichs Gesundheit kein wissenschaftlich anerkanntes Verfahren zum Nachweis einer Glutenunverträglichkeit dar. Die ärztliche Bescheinigung mit dem Hinweis, dass das vorliegende Untergewicht nicht Krankheitsfolge sei, genügt ebenfalls nicht als Nachweis.

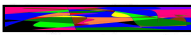

Ihre Widerspruchsbegründung führt auch zu keiner anderen Entscheidung. Zwar wurde Ihnen der Vordruck für eine ärztliche Bescheinigung zunächst nicht übersandt. Jedoch wurde dies mit meinem Schreiben vom 27.07.2012 nachgeholt. Außerdem stützt sich die amtsärztliche Stellungnahme meines Fachbereichs Gesundheit entsprechend dem Urteil des Bundessozialgerichtes vom 22.11.2011, Az. B 4 AS 138/10, nicht auf die Empfehlungen des Deutschen Vereins. Ihnen ist kein Mehrbedarf wegen kostenaufwändiger Ernährung zu bewilligen, da Sie trotz den o. g. Aufforderungen nicht an der Klärung, ob die Voraussetzungen für den Mehrbedarf gegeben sind, mitgewirkt haben. Ihre fehlende Mitwirkung geht daher zu Ihren Lasten.

Die von Ihnen angefochtene Entscheidung der Stadt  vom 07.05.2012 ist daher insgesamt nicht zu beanstanden, sodass Ihr Widerspruch zurückgewiesen werden muss.

Die Kostenentscheidung bezüglich meiner Widerspruchsentscheidung ergeht gemäß § 64 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X).

Die Kostenentscheidung über die Verfahrenskosten stützt sich auf § 63 SGB X. Da der Widerspruch keinen Erfolg hatte, können Kosten nicht erstattet werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Bescheid der Stadt  vom 07.05.2012 kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchbescheides Klage beim Sozialgericht Osnabrück, Hakenstraße 15, 49074 Osnabrück, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage wäre gegen den Landkreis  zu richten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

